



FOTO: DPA

Das Bild des Herbstes 1989: Die Mauer ist Geschichte, Freudenteste am Brandenburger Tor.

Ost und West driften wieder auseinander

Vor 28 Jahren fiel die Berliner Mauer: Enttäuschte Erwartungen prägen das Bild in den neuen Ländern

Von Jutta Schütz

Berlin. Und wieder naht ein Jahrestag des Mauerfalls. Die historische Sensation vom 9. November 1989 hat sich bei vielen Deutschen eingebraunt und ist jetzt schon 28 Jahre her. Nun kocht die Ossi-Wessi-Debatte neu hoch. Eimen Stein ins Wasser geworfen hat dabei der Chef der Bundeszentrale für politische Bildung, Thomas Krüger. Er sagt, „die westdeutschen Eliten dominieren bis heute den Osten“. Das werde als „kultureller Kolonialismus“ erlebt, so der Ex-Bürgerrechtler in der „Berliner Zeitung“. Er bezieht sich auf eine Studie und sieht eine wachsende Entfremdung von staatlichen Institutionen und Demokratie.

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur widerspricht vehement. Die Unterscheidung in Ossi und Wessi sei zum Klischee verkommen, das aber gern fürs Eliten-Bashing benutzt werde, erregt sich Geschäftsführerin Anna Kaminsky. Damit werde eine Debatte von gestern angeheizt, die heutige Ressentiments im Osten nur verstärke. „Die Herkunft wird vor allem dann zum Problem stilisiert, wenn Erwartungen enttäuscht werden und die allgemeine Unzufriedenheit zunimmt“, sagt Kaminsky. Wie widersprüchlich das sei, habe die Bundestagswahl gezeigt. Die AfD wurde im Osten zweitstärkste politische Kraft – eine Partei, die mit zwei westdeutschen Spitzenkandidaten antrat, wie Kaminsky zu bedenken gibt. Die Stiftung steht eine zunehmende

Verklärung der Vergangenheit – in Ost und West gleichermaßen. „Der weichzeichnende Blick in die Vergangenheit ist eine Reaktion auf die allgemeine Verunsicherung der Gegenwart“, schätzt Kaminsky ein. Laut Statistischem Bundesamt lebten Ende 2015 von knapp 82,2 Millionen Bürgern 16,1 Millionen in den ostdeutschen Ländern und Berlin. Könnte man da mehr als ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall nicht auch zu dem Schluss kommen, das ist eben eine Minderheit – warum also weiter extra Aufmerksamkeits- und Zuwendung?

Es gebe noch systematische Unterschiede zu Westdeutschland, so Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer jüngsten Videobotschaft. Deshalb werde es auch künftig „eine spezifische Förderung“ für die neuen Länder geben, verspricht Merkel schon vor Bildung einer neuen Regierung. Die Besonderheiten Ost müsse man weiter im Auge haben – etwa in puncto Steuern,nahmen oder Arbeitslosigkeit. Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) pflichtet ihr bei. Die Angleichung der Lebensverhältnisse sei weiter ein Thema, sagt er. Die Förderung müsse neu ausgerichtet werden, viele Instrumente seien „ausgelutscht“. Obwohl der Lebensstandard seit 1989 gestiegen, die Arbeitslosigkeit wieder gesunken ist und Kommunen herausgeholt wurden, fühlen sich etliche Ostdeutsche weiter benachteiligt. Sie verweisen auf niedrigere Renten, sterbende Dörfer, abge-

wanderte Fachkräfte. Die Deutschen seien nicht neugierig genug aufeinander, findet ein CDU-Politiker aus Niedersachsen, der 1990 nach Magdeburg kam. Rainer Ro-



„Die westdeutschen Eliten dominieren bis heute den Osten.“

Thomas Krüger, Chef der Bundeszentrale für politische Bildung

bra ist dort Chef der Staatskanzlei und sagt in einem Zeitungsinterview, dass viele West- und Ostdeutsche im jeweils eigenen Milieu verharren. Es kränke ihn, „dass der durchschnittliche Westdeutsche so wenig Interesse für uns hat“.

Die sächsische Integrationsministerin Petra Köpping (SPD) nimmt kein Blatt vor den Mund: Eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Nachwendezeit, den Schicksalsumbrüchen und Hoffnungen der Ostdeutschen gebe es kaum noch. „Ist man es dennoch, war man sofort ‚Jammer-Ossi‘ oder DDR-Nostalgiiker“, sagt sie. Ihre Mahnungen hätten die Genossen auf Bundesebene aber ignoriert, so Köpping. Sie seien im Wahljahr 2017 eher mit ihren Träumen von der Kanzlerschaft befasst gewesen.

„Das machte die Leute erst recht wütend, oder es machte sie stumm.“ In Westdeutschland gebildete Westdeutsche hätten keinen Schimmer über die Umbrüche im Osten, befindet Köpping. Niemand habe Probleme wirklich ernst genommen, niemand die Lebensgeschichte gewürdigt. „Niemand hat zugehört. Das ist bei vielen Menschen eine Kränkung, die bis heute wirkt.“ Es gebe unzählige Beispiele, wie Menschen über den Tisch gezogen worden seien, weil sie blauäugig waren und die neuen Regeln nicht überblickten. Manche hätten bis heute mit Schulden aus dieser Zeit zu kämpfen.

Auch die Besetzung von Führungspositionen mit Westdeutschen sei für viele „ein Stachel der Demütigung im Fleisch“ gewesen. Die meisten Ostdeutschen hätten damals mangels Eigenkapital keine Kredite bekommen. Köpping erinnert an die, denen unnütze Versicherungen aufgeschwatzt und

schnottrige Gebrauchtwagen überteuert angeboten, denen überwertige Immobilien verkauft oder antike Möbel für wenig Geld abgeluchst wurden. „Und während man sich selbst beim Verlieren zusat, scheinen andere zu gewinnen.“ Und das soll Demokratie sein, hätten sich viele im Osten gefragt.

Die innere Einheit der Deutschen kommt seit 2011 nach einer Forsa-Umfrage vom September nur in Mini-Schritten voran. Nur jeder Zweite denkt demnach, dass die Menschen zusammengewachsen sind. Im Osten meinen 55 Prozent, dass das Trennende überwäge, im Westen sind es 45 Prozent. Bei den 14 bis 21 Jahre alten Bundesbürgern bejahen 65 Prozent, dass die Deutschen ein Volk geworden seien.

Der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen, Roland Jahn, findet das Ost-West-Denken wenig hilfreich. Unterschiedliche Erfahrungen sollten aber respektiert werden. „Es fällt vielen noch immer schwer, sich im vereinten Deutschland mit dem gemeinsamem Geschäftsfachen zu identifizieren. Daran sollten wir arbeiten und nicht immer wieder reflexartig die Herkunft als Schablone benutzen“, sagt der frühere DDR-Bürgerrechtler. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) sieht die Gefahr, dass die gefühlte und reale Benachteiligung der Ostdeutschen Nährboden für Rechtsextremismus sein könnte. Die AfD mache Wut alltagstauglich und kehre sie gegen Minderheiten, warnt der Linken-Politiker.